

Die Europäische Union hat das mit 15 Millionen Euro finanzierte Forschungsprojekt namens Indect ins Leben gerufen. Wobei der Name Indect ein Akronym für "Intelligent information system supporting observation, searching and detection for security of citizens in urban environment" ist. Also auf deutsch ein "intelligentes Informations-System zur Unterstützung der Überwachung, Suche und Erkennung (von Personen) für die Sicherheit der Bürger im städtischen Raum".

Ziel des Projektes sei, "eine Plattform für die Erfassung und den Austausch von Betriebsdaten, das Sammeln von Multimediainhalten, die intelligente Verarbeitung aller dieser Informationen, die automatische Erfassung von Bedrohungen und die Erkennung von ungewöhnlichem Verhalten und Gewalt" aufzubauen. So sollen Softwareagenten "ständig und automatisch" das Internet durchkämmen und Informationen sammeln. Diese wiederum sollen in einem internetbasierten Informationsbeschaffungssystem vorgehalten werden.

Beteiligt sind neben zwei Polizeibehörden Unternehmen und Universitäten aus neun europäischen Ländern. Aus Deutschland sind die Unternehmen InnoTec DATA aus Bad Zwischenahn und PSI Transcom aus Berlin sowie die Universität in Wuppertal mit dabei.

Bis zum Jahre 2013 soll eine Möglichkeit gesucht werden, bestimmte Personen im öffentlichen Raum aufzuspüren, sie zu überwachen und zu verfolgen, dies soll neben Überwachungskameras auch über mobile Geräte geschehen mit denen die Polizei zum Beispiel Funktelefone orten und verfolgen kann. Doch damit noch nicht genug, es soll des Weiteren eine Software entwickelt werden mit der auch Blogs, Foren und Internet-Netzwerke z.B. YouTube automatisch durchsucht werden können und Personen die dort ein 'abnormes Verhalten' zeigen, herausgefiltert werden.

Die gesammelten Informationen sollen dann automatisch ausgewertet und in Zusammenhang gebracht werden. Informatiker an der Universität im englischen York etwa entwickeln auf der Basis von Computerlinguistik Techniken zur Erkennung des Sinnes von Worten, zur Analyse von sozialen Netzen und von Gefühlen sowie zur Auswertung von Beziehungen.

Neben der doch sehr offen gehaltenen Formulierung „abnormes Verhalten“ bezüglich des später zu Verfolgenden, bedeutet doch 'abnorm' nichts weiter als von einer (durch wen und wie definierten?) Norm abweichend; mit einer solchen unscharfen Formulierung würden im Zweifel Überwachungen von sämtlichen Minderheiten möglich.

Dieses Forschungsprojekt stellt laut dem erfahrenen Journalisten und Buchautor Stephen Booth einen massiven Eingriff in die Privatsphäre der Menschen dar. Die Kanzlerin der Oxford Brookes University und Freiheitsaktivistin Frau Shami Chakrabarti sagt: „Die Verfolgung einer ganzen Bevölkerung statt die eines einzelnen Verdächtigen ist ein unheimlicher Schritt in jeder Gesellschaft.“ Das Projekt stellt einen Alptraum für jede Gesellschaft und jeden Bürger dar, der die Freiheit und Bürgerrechte schätzt.

Die Piratenpartei spricht sich gegen den Überwachungsstaat aus und lehnt das vorantreiben entsprechender Projekte strikt ab!

Da es sich bei dem Projekt um eine erschreckende Weiterentwicklung von den bisherigen Themen Überwachung und Datenschutz handelt, ist die Argumentation im Wesentlichen identisch. Es sollten daher auch die Argumentationshilfen Datenschutz und Überwachung nochmals gelesen werden.

Mögliche Einwände die in diesem Zusammenhang auftreten können, sind nachfolgend aufgeführt und mit entsprechenden aufklärenden Informationen versehen:

"Ich hab nichts zu verbergen!"

1. Diese Aussage dreht unser Rechtssystem um, denn solange man keine kriminelle Handlung begangen hat bzw. verdächtigt wird eine zu begehen, hat der Staat einen in Ruhe zu lassen. Dafür wurde ein Grundgesetz geschaffen, in dem unter anderem folgende Formulierungen zu finden sind:

Artikel 2 Absatz 1: "Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt."

Artikel 2 Absatz 2: "Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden."

2. Möchtest Du in einem totalen Überwachungsstaat leben?

3. Du bestimmst gar nicht, ob Du was zu verbergen hast. Das liegt im Auge des Überwachers, ob er Dir unterstellt Du hättest etwas zu verbergen bzw. Du würdest Aktionen ausführen, die ihm nicht passen.

4. Gläserne Bürger können leichter manipuliert und kontrolliert werden. Bei der momentan niedrigen Wahlbeteiligung, der aktuellen Politik und der wirtschaftlichen Flaute sollte man dieses Argument nicht unterschätzen.

"Das kann sich ja eh keiner alles angucken. Mir doch egal."

1. Dann kann man es auch gleich unterlassen.

2. Du vergisst die Technik. Die Bilderflut wird nicht von Menschen manuell ausgewertet, sondern automatisch von Computern und Software z.B. zur Nummernschilderkennung, Gesichtserkennung, Bewegungserkennung oder Anomaliedetection.

3. Deine Freiheit sollte dir nicht egal sein! Unter keinen Umständen!

"Videokameras schützen gegen Randalierer / Kriminelle / Terroristen."

1. Mütze und Schal oder eine Sturmmaske schützt vor dem Auge der Kamera.

2. Es gibt trotz Videoüberwachung Banküberfälle genau wie Randalismus.

3. Die weitaus meisten Täter werden auch durch Videoüberwachung nicht identifiziert.

4. Die Tat wird nicht verhindert. Somit entstehen unter Umständen doppelte Kosten einmal durch den verursachten Schaden und für die Installation und den Betrieb der Videoüberwachung.

5. Das Problem des Randalismus kann viel einfacher durch Zivil Courage bekämpft werden.

6. Die Verantwortung wird stattdessen an die Kamera delegiert.

7. Kamerainstallationen für einen Bus kosten ca 12.000 Euro.

8. Es verdrängt das Problem der Sachbeschädigung nur anstatt es zu lösen.

9. Je nach Ort des Verbrechens (z.B. im Bus) hat der Kriminelle physischen Zugriff auf den Datenträger, auf dem die Videodaten gespeichert sind und kann ihn somit entfernen, beschädigen oder sonst wie manipulieren.